

Sozialdemokratischer SPD pressediens

P/XXIX/199

17. Oktober 1974

Entspannung ist ohne Selbstvertrauen unmöglich

Eine nüchterne Zwischenbilanz der KSZE-Verhandlungen

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung des
Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 64 Zeilen

Politiker mit Augenmaß

Zum 75. Geburtstag von Erwin Schoettle

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 / 28 Zeilen

Der Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß

Zweifel über den Anspruchswillen des CSU-Vor-
sitzenden ausgedrückt

Seite 4 / 37 Zeilen

Die Union fühlt sich getroffen

Zum Eingreifen des CDU-Sprechers in den
hessischen Wahlkampf

Von Willi Görlach MdL

Fraktionsvorsitzender der SPD im hessischen Land-
tag und Leiter des hessischen SPD-Wahlbüros

Seite 5 / 30 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 00 86 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Entspannung ist ohne Selbstvertrauen unmöglich

Eine nüchterne Zwischenbilanz der KSZE-Verhandlungen

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung des Deutschen Bundestages

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist der umfassendste Versuch europäischer und amerikanischer Staaten in diesem Jahrhundert, die politische Zusammenarbeit auf allen wichtigen Gebieten vertrauensvoller zu gestalten. Sie ist eine westliche Entspannungskonzeption. Die KSZE ist keine Ersatzfriedenskonferenz für oder über Deutschland.

Worum geht es:

- 1/ Mißtrauen muß durch Vertrauensbildung abgebaut werden.
- 2/ Da Staatengruppen unterschiedlicher Gesellschaftssysteme betroffen sind, handelt es sich um einen überaus komplizierten, auch psychologisch komplizierten Vorgang.
- 3/ Deshalb bestehen Erfolgsaussichten nur, wenn jeder Staat die Mittel zur Kontrolle des Prozesses in der Hand behält.
- 4/ Abmachungen können demzufolge zunächst nur den Charakter politisch-moralischer Absichtserklärungen ohne Rechtsverbindlichkeit haben. Von 35 Regierungschefs unterzeichnet, sollen sie bei allen Staaten Veränderungen auslösen. Es soll kein neues regionales Völkerrecht geschaffen werden, bestehendes aber bekräftigt mit der Möglichkeit, Absichtserklärungen später zu Verträgen fortzuentwickeln.
- 5/ Tabus müssen beseitigt werden, d.h. offene Gespräche über innerstaatliche Praktiken dürfen nicht als Einmischung in innere Angelegenheiten abgewehrt werden. Das ist erreicht!
- 6/ Ziel ist nicht die Systemüberwindung, jedoch die allmähliche Verbesserung bestehender bürokratischer Verhaltensweisen in bestimmten Bereichen.
- 7/ Die KSZE ist ein Instrument zur Lösung multilateraler Probleme. Bilaterale Verbesserungen sind eine durchaus erwünschte Zugabe. Die KSZE darf nicht dadurch in Gefahr gebracht werden, daß bilaterale Probleme in den Vordergrund gerückt werden. Das heißt für uns: Deutschland-politische Probleme nicht multilateralisieren, die Viermächte-Verantwortung nicht zu einer

35-Mächte-Verantwortung ausweiten und kein 35-Staaten-Mitspracherecht über Probleme, die zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland geregelt werden müssen.

Entspannungspolitik ist ohne Selbstvertrauen nicht möglich. Die Politik der CDU/CSU mußte deshalb in außenpolitischer Erstarrung enden. Die CDU/CSU hat ihre Chance in den fünfziger Jahren gehabt und vertan. Wir wegen, einen mühsamen, mit Enttäuschungen gepflasterten Weg zu gehen. Wir wissen, daß diejenigen, die um eines billigen politischen Tageserfolges willen auch Nachteile für die Deutschen in Kauf nehmen, dabei ein ergiebiges Betätigungsfeld finden.

Die Opposition ist außenpolitisch isoliert. Niemand im Westen macht ihre Außenpolitik mit. Als sie die Verantwortung an die SPD und FDP abgeben mußte, befand sich Deutschland in einem Zustand der Teilung, der schrecklicher nicht sein konnte. Als wir die Verantwortung übernahmen, gab es bereits Mauer und Schießbefehl. Das scheint die Opposition inzwischen vergessen zu haben. Wir versuchen, die Mauer durchlässiger zu machen, den Schießbefehl abzumildern. Die CDU/CSU hätte allen Anlaß, uns dabei zu helfen.

Unsere 30jährige Nachkriegsgeschichte hat zweierlei gelehrt: 1/ Die Ost-West-Konfrontation ist vor allem für uns Deutsche gefährlich. Der Kalte Krieg, der Zustand, in dem Entspannungsversuche nicht unternommen werden, veranlaßte NATO und Warschauer Pakt in Deutschland, also in der Bundesrepublik und in der DDR, Waffen und Soldaten in einer Stärke unterzubringen, wie es sie in der Geschichte zu keiner Zeit und an keinem Ort je gegeben hat. 2/ Die totale Abgrenzung teilt und entfremdet uns Deutsche, sonst kein europäisches Volk. Entspannungspolitik bedeutet für uns also zunächst, diese Entwicklung stoppen und einen Weg in entgegengesetzter Richtung zu finden und zu beschreiten. Um dieses Zieles willen müssen auch innenpolitische Schwierigkeiten und komplizierte Abstimmungsprozesse mit den Bündnispartnern in Kauf genommen werden.

Die Zwischenbilanz der KSZE zeigt, daß für die Bundesrepublik und ihre Partner zur Selbstunsicherheit kein Anlaß besteht. Es ist zu hoffen, daß die einsichtigen Kräfte der CDU sich von denen absetzen, die die Konferenz durch Überforderung der Ostblockstaaten platzen lassen wollen. Überforderungen provozieren neue Spannungen. Jeder mußte auch wissen, daß die USA und unsere anderen westlichen Partner nicht daran denken, auf diese Weise neuen Konfliktstoff im Verhältnis zur Sowjetunion aufbauen zu lassen.

(-/17.10.1974/ks/pr)

+ + +

Politiker mit Augenmaß

Zum 75. Geburtstag von Erwin Schoettle

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Erwin Schoettle, ehemaliger Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Zeitungsverleger und "Haushaltsexperte erster Klasse", begeht am Freitag seinen 75. Geburtstag. Fast ein Vierteljahrhundert saß der temperamentvolle Schwabe in den ersten Reihen des Parlaments. Zwei Jahrzehnte prägte er mit empirischer Betrachtungsweise und realistischer Geisteshaltung die Arbeit des Haushaltsausschusses. Seine parlamentarische Leistung ist untrennbar mit zielbewußter, sachlicher und objektiver Ausschußarbeit verbunden. Es war die Zeit, in der er mit anderen großen Ausschußvorsitzenden das Bild eines Arbeitsparlaments in den Ausschüssen formte. Im Plenum waren seine Haushaltsreden Markierungspunkte, die auch vom politischen Gegner respektiert wurden.

Als Mann der ersten Stunde und Freund Kurt Schumachers schon vor 1933 gehörte Erwin Schoettle zu der Gruppe jener Männer, die nach 1945 den Weg der SPD bestimmten. Mit kämpferischem Willen und oft leidenschaftlichem Engagement für alle richtig erkannte sachliche und politische Notwendigkeiten arbeitete er im Frankfurter Wirtschaftsrat, war er 15 Jahre lang Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, wurde sein Urteil im Präsidium, im Vorstand der Partei und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender geschätzt. Als Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses des Deutschen Bundestages hatte er noch einmal die Möglichkeit, auf die innere Gestaltung und die Selbstdarstellung des Parlaments, insbesondere bei der Schaffung der Verhaltensmaßregeln, einzuwirken.

Wenn heute Erwin Schoettle seinen Verstand und die Kraft seines spekulativen Geistes im Rat der Alten unserer Partei zur Verfügung stellt, so erhebt sich unmittelbar die Frage, ob es nicht auch für das Parlament als öffentliches Forum nützlich wäre, für so wichtige Probleme wie die Parlamentsreform, die Diätenbesteuerung oder die Verhaltensmaßregeln für Abgeordnete die Stimmen verdienter Parlamentarier aller Parteien zu hören.

(-/ 17. 10. 1974/bgy/pr)

+ + +

Der Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß

Zweifel über den Anspruchswillen des CSU-Vorsitzenden ausgeräumt

Franz Josef Strauß hat nunmehr endgültig seinen unüberhörbaren Anspruch auf die Kanzlerkandidatur der Unions-Parteien für 1976 angemeldet. Die vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt geforderte Klarstellung ist postwendend erfolgt. Das Strauß-Sprachrohr "Bayernkurier" hat an herausragender Stelle dafür gesorgt, daß das Rätselraten innerhalb und außerhalb der beiden Unions-Parteien ein Ende gefunden hat. Franz Josef Strauß wird sich dem Kanzlerkandidatur-Auftrag nicht entziehen können und wollen, sobald er darum gebeten wird. Daß er selbst und seine Partei - "die kein Landesverband einer anderen Partei ist" ("Bayernkurier") - mit größter Selbstverständlichkeit mit einer solchen "Bitte" rechnen, steht jetzt außer Frage.

In der hochoffiziellen Machtanspruch-Verkündung im "Bayernkurier" häufen sich die Feststellungen darüber, was alles für Strauß und die CSU so "selbstverständlich" ist, daß es diskussions- und einwandlos hinzunehmen sei. Allein diese Diktion läßt erkennen, in welche Positionenursurpation sich dieser Strauß-Clan inzwischen hineingesteigert hat. Da wird zum einen dekretiert, daß die Unions-Parteien die Landtagswahlen in diesem und im nächsten Jahr "erfolgreich zu bestehen" hätten, bevor sie den geeigneten Bewerber "präsentieren"; man weiß aber bereits, wer diesen Auftrag erwartet. Zum andern wird klargestellt, daß es "um die Sache geht, die sich aus geschichtlicher Erfahrung und geschichtlichem Leid der Nation und zugleich aus ihrem Auftrag ergibt". Dieser derart ins Historische überhöhte "Auftrag" ist, das sollte man sich bitte vergegenwärtigen, nach Ansicht der CSU tatsächlich die Kanzlerkandidatur der Unions-Parteien.

Ganz makaber wird die CSU-Attitude aber in der "Bayernkurier"-Philosophiererei um den "großen Kanzler", den es nur in Notzeiten gäbe. Landauf Landab sucht dieser Franz Josef Strauß mit seiner Prophezeiung von Katastrophen und Zusammenbruch jedermann zu erschrecken. Und für diese so herbeigeredeteten Notzeiten ist, so das Strauß-Sprachrohr, ein "großer Kanzler" einfach "selbstverständlich". Dabei habe auch Strauß seine Grenzen...

Ob und wie die CDU, die noch niemals so rüde und brutal mit den Realitäten konfrontiert wurde, wie Strauß sie sieht, reagiert, ist ihre Sache. Die massive Drohung mit der "vierten Kraft" für den Fall, daß die immer brüchiger werdende "Union" 1976 nicht die absolute Mehrheit gewinnen sollte, müßte eigentlich für eine solche Reaktion ausreichen. Für die Sozialdemokraten sind die "Selbstverständlichkeiten" der CSU nur die Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Beurteilung des Franz Josef Strauß. Man weiß jetzt endgültig, wozu man mit ihm ist.
(ee/17.10.1974/ks/ee)

Die Union fühlt sich getroffen

Zum Eingreifen des CDU-Sprechers in den hessischen Wahlkampf

Von Willi Görlach MdL

Fraktionsvorsitzender der SPD im hessischen Landtag
und Leiter des hessischen SPD-Wahlbüros

Die Pressemeldung von Herrn Weiskirch zeigt erste Spuren der Nervosität bei der Opposition. Wenn bereits der Bundespressesprecher der CDU meint, in den Hessen-Wahlkampf eingreifen zu müssen, dann kann dies nur eines bedeuten: Die CDU fühlt sich getroffen. Sie hat auch erkannt, daß ihre alte Masche, den Bürger mit einem Wust von Verdächtigungen und Gerüchten zu verdummen, in Hessen gescheitert ist.

Wir haben jetzt zu zeigen, wer tatsächlich jahrelang das Geschäft der Politik mit Affären belastet hat. Der Sprecher der Bundes-CDU muß sich daran erinnern lassen, welche bis zum heutigen Tage noch nicht ganz durchleuchtete Rolle die Opposition gespielt hat, als sie 1972 einige SPD/FDP-Politiker mit sicherlich fragwürdigen Mitteln in ihr Lager gebracht hat, um eine demokratische Entscheidung des Wählers zu verfälschen. Die Beschimpfung des hessischen Rundfunks durch die CDU kann man mit Herrn Weiskirchs eigenen Worten kommentieren: Infamie und Verunglimpfung. Auch diesmal - wie vor vier Jahren - bezieht sie den Sender in ihre Wahlkampf-Kanonade mit ein, ohne sich auch nur ein einziges mal bei den Verantwortlichen in einem konkreten Fall zu beschwären. Herr Weiskirch sollte sich erst besser bei seinen hessischen Freunden erkundigen, denn so weit kann auch er wohl kaum fern-sehen, daß er in Bonn das hessische Regionalprogramm empfangen könnte.

Im übrigen kann man dem Pressesprecher der Bundes-CDU nur empfehlen, auch einmal andere als Springer-Zeitungen zu lesen, da dann auch er erfahren könnte, daß der hessische Rundfunk genau deshalb gegen die geplante Sendung aus Bayern protestiert hat, weil dort versucht werden sollte, die Ausgewogenheit in politischen Sendungen zu verletzen. Und gegen solche Versuche wendet sich ja angeblich Herr Weiskirch. (-/17.10.1974/ka/ja)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller